

Die personenbezogenen Daten dieses Antrages werden aufgrund von § 12 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) erhoben.

Hinweis:

➔ **Antrag im Original**
(mit Unterschrift) mit Anlagen
– per Post
und

Antrag als pdf.Datei
(mit den Anlagen nach Nr. 15.3)

an:
personenbefoerderung@rpt.bwl.de

Regierungspräsidium Tübingen
Referat 46
Postfach 26 66
72016 Tübingen

Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kfz) nach § 42 PBefG (Linienverkehr) | <input type="checkbox"/> Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kfz) nach § 43 PBefG (Sonderformen des Linienverkehrs)
<input type="checkbox"/> Nr. 1 Berufsverkehr
<input type="checkbox"/> Nr. 2 Schülerfahrten
<input type="checkbox"/> Nr. 3 Marktfahrten
<input type="checkbox"/> Nr. 4 Theaterfahrten
<input type="checkbox"/> i. V. mit § 2 Abs. 6 | <input type="checkbox"/> Verkehr mit Straßenbahnen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 PBefG

<input type="checkbox"/> Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kfz) nach § 52 PBefG (Grenzüberschreitender Linienverkehr) |
|---|---|--|
- Antrag auf Erweiterung oder wesentliche Änderung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 PBefG**
 Antrag auf Übertragung einer Genehmigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 PBefG
 Antrag auf Übertragung der Betriebsführung nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 PBefG

1.	Antragsteller/in (Name/Firma – genaue Bezeichnung des Unternehmens)			
	Betriebssitz (PLZ, Ort, Straße)			
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße) - falls abweichend vom Betriebssitz -			
	Telefon	E-Mail	Internet-Adresse	
2.	Angaben über den/die Inhaber / Gesellschafter			
	a) Name		Vorname	
	Funktion im Unternehmen			
	Familienstand	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
	b) Name		Vorname	
	Funktion im Unternehmen			
	Familienstand	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

3.	Angaben zu der/den zur Führung der Geschäfte bestellte/n Person/en (Verkehrsleiter/in) (Verantwortliche/r i. S. des PBefG)			
	1. Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname	
	Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)			
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
	2. Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname	
	Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)			
Geburtsdatum				
Geburtsort				
Staatsangehörigkeit				
4.	Angaben über die fachliche Eignung			
	<input type="checkbox"/> des Antragstellers <input type="checkbox"/> der für die Führung der Geschäfte bestellten Person (Verkehrsleiter/in / Verantwortliche/r i. S. des PBefG)			
	Die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch			
	<input type="checkbox"/> eine bestandene Fachkundeprüfung (§§ 3 und 4 Berufszugangsverordnung - PBZuGV-)		ist beigefügt	liegt bereits vor
	<input type="checkbox"/> eine gleichwertige Abschlussprüfung (§ 6 Berufszugangsverordnung - PBZugV -)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> eine Anerkennung einer leitenden Tätigkeit (§7 Berufszugangsverordnung - PBZugV -)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
5.	Die Genehmigung wird beantragt für:			
	1. <input type="checkbox"/> Linienverkehr / Sonderform des Linienverkehrs / Grenzüberschreitenden Linienverkehr			
	von (Ausgangspunkt: Halteort und -stelle)			
	nach (Endpunkt: Halteort und -stelle)			
	über (nur Halteorte)			
	- Linienbeschreibung: Angabe der einzelnen Halteorte mit der Hauptlinienführung:			
	- bei unterschiedlichen Linienführungen:			
	Linienvariante/en:			
	- die einzelnen Haltestellen sind im gesonderten Haltestellenverzeichnis - Nr. 15.3 (siehe Anlage) angegeben -			
	Anzahl der Fahrtenpaare: (Montag - Freitag), (Samstag), (Sonntag)			
6.	1. Angaben zu <u>bestehender/n Genehmigung/en</u> des antragstellenden Unternehmens eines/mehrerer			
	<input type="checkbox"/> Linienverkehrs/e <input type="checkbox"/> Sonderform/en des Linienverkehrs			
	<input type="checkbox"/> Grenzüberschreitender/n Linienverkehr/e			
	<input type="checkbox"/> um die Teilstrecke/n von (Halteort und -stelle) bis (Halteort und -stelle) Linienlänge in km:			
<input type="checkbox"/> um die Haltestelle/n: (genaue Bezeichnung)				

	<p>- von (Ausgangspunkt): nach (Endpunkt): ; gültig von bis genehmigt von: ; Genehmigungsurkunde (Kopie) ist angeschlossen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>- von (Ausgangspunkt): nach (Endpunkt): ; gültig von bis genehmigt von: ; Genehmigungsurkunde (Kopie) ist angeschlossen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>2. Änderung / Erweiterung einer bestehender Genehmigung:</p> <p>- mit der Linienführung von (Ausgangspunkt): nach (Endpunkt): ; gültig von bis ; Genehmigungsbehörde: - und folgenden</p> <p>Änderungen / Erweiterungen (z.B.: Halteorte/-stellen, neue Linienführungen, Kooperationspartner):</p> <p>Folgende Verbesserungen sind mit der Neueinrichtung / Änderung / Erweiterung verbunden:</p>		
7.	<p>Angaben zur Länge der Linie / Linienabschnitte in Kilometer:</p> <p>1. Bei Linienverkehr und Sonderform des Linienverkehrs:</p> <table><tr><td>Gesamtstrecke</td><td>Linienabschnitt (bei Erweiterung / Änderung)</td></tr></table> <p>2. Bei grenzüberschreitendem Linienverkehr nach § 52 PBefG:</p> <p>Deutsche Grenzübergangsstelle/n</p> <p>bei der Hinfahrt:</p> <p>bei der Rückfahrt:</p> <p>Länge der Strecke innerhalb Deutschlands: km; außerhalb Deutschlands: km</p>	Gesamtstrecke	Linienabschnitt (bei Erweiterung / Änderung)
Gesamtstrecke	Linienabschnitt (bei Erweiterung / Änderung)		
8	<p>Maßnahmen zur Erreichung einer möglichst barrierefreien Nutzung des beantragten Verkehrs nach dem Nahverkehrsplan / den Nahverkehrspläne (§ 8 Abs. 3 PBefG)</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> ja ; Darstellung ist angeschlossen</p>		
9.	<p>Die Genehmigung wird beantragt für eine Genehmigungsdauer von bis (Jahre)</p> <p>➔ Hinweis:</p> <p>1. bei Linienverkehren mit Kfz nach § 42, 42a u. § 43 PBefG beträgt die Höchstdauer: 10 Jahre</p> <p>2. bei Verkehr mit Straßenbahnen Höchstdauer: 15 Jahre (Abweichungen bei 1. + 2. sind nach VO (EG) Nr. 1370/2007 Art. 4 Abs. 3 S. 2 und Abs. 4 möglich)</p> <p>3. im grenzüberschreitenden Linienverkehr beträgt die Höchstdauer: 5 Jahre</p>		
10.	<p>➔ bei Antrag auf Genehmigung einer Sonderform des Linienverkehrs nach § 43 PBefG -</p> <p>Es wird Befreiung nach § 45 Abs. 3 PBefG von den Vorschriften über</p> <p><input type="checkbox"/> die Betriebspflicht (§ 21 PBefG)</p> <p><input type="checkbox"/> die Beförderungspflicht (§ 22 PBefG)</p> <p><input type="checkbox"/> die Beförderungsentgelte und -bedingungen (§ 39)</p> <p><input type="checkbox"/> den Fahrplan (§ 40 PBefG)</p> <p>beantragt.</p> <p><input type="checkbox"/> Die Mitnahme Dritter wird beantragt.</p>		

15.

1. Nachweise zur Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 13 Abs. 1 PBefG

➔ **Hinweis:**

Die nachfolgend genannten Unterlagen sind nur erforderlich, wenn dem Regierungspräsidium keine aktuellen Unterlagen (älter als 3 Monate) vorliegen !

- Jahresabschluss; geprüft durch Rechnungsprüfer oder akkreditierten Person**
(§ 2 Abs. 5 Berufszugangsverordnung - PBZugV - i.V. mit Art. 7 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1071/2009)
- Weitere Unterlagen zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit (Art. 7 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1071/2009)**
- nicht abschließend:
Bescheinigung über eine Bankbürgschaft oder eine Versicherung
- Bescheinigung des Finanzamtes des Betriebssitzes** über die steuerliche Zuverlässigkeit
- Bescheinigung der Gemeinde** über die steuerliche Zuverlässigkeit
- Bescheinigung** aller zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen **Kranken- und Rentenversicherung** sowie zur **Arbeitslosenversicherung**
- Bescheinigung** der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur **Unfallversicherung**
- Beglaubigte Abschrift** der Eintragungen im Handelsregister
- Gesellschafterliste**

2. Nachweise über

1. die fachliche Eignung über die zur Führung der Geschäfte bestellte/n Person/en (Verkehrsleiter/in) - Verantwortliche/r i. S. des PBefG -

- Antragsteller (Inhaber/in, Geschäftsführer/in)
- Verkehrsleiter/in / Verantwortliche/r i. S. des PBefG)

2. die persönliche Zuverlässigkeit über die zur Führung der Geschäfte bestellte/n Person/en (Verkehrsleiter/in) - Verantwortliche/r i. S. des PBefG -

- Polizeiliches Führungszeugnis
- Auszug aus dem Verkehrszentralregister
- bei externem/externer Verkehrsleiter/in**
Arbeitsvertrag

3. des Zuverlässigkeit des Unternehmens

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister

3. Nachweise nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 und § 13 Abs. 2 PBefG

➔ **Hinweis: Diese Unterlagen sind unbedingt erforderlich!**
(Übersendung im Original und als pdf.Datei)

- Detaillierte Übersichtskarte**
(mit Eintragung der beantragten Strecke / Streckenabschnitt - einschließlich Linienvarianten -, der Haltestellen sowie von Strecken bereits vorhandener Linienverkehre nach §§ 42, 43 und 52 PBefG und Schienenstrecken)
➔ **Hinweis: keine** schematisierte Kartendarstellung!
- Beförderungsentgelte und -bedingungen**
- Angaben** über die Zahl, die Art und das Fassungsvermögen (Sitz- und Stehplätze der für den Verkehr vorgesehenen **Kraftfahrzeuge (Pkw, Kleinbus, KOM, Sonstige Fahrzeuge)**;
mit ergänzenden Angaben zu:
Hersteller, Fahrzeug-Identifizierungs-Nummer, amtliches Kennzeichen
- Fahrplan / -pläne**
- Haltestellenverzeichnis** (mit Angaben zur **Stadt/Gemeinde**, evtl. des **Stadt-/Ortsteiles** und **Haltestellennamen**)
(in Übereinstimmung mit den Angaben im Fahrplan)
- Erklärung zur Anwendung von Beförderungsentgelte und -bedingungen eines Verbundes:**
- Plan über Lenk- und Ruhezeiten** (bei grenzüberschreitendem Linienverkehr nach § 52 PBefG)

jeweils
1-fach

4. Sonstiges

1. Folgende **vertragliche Vereinbarungen** bestehen im Zusammenhang mit dem beantragten Verkehr (z.B.: **Verträge mit dem Landkreis / Aufgabenträger / Betriebsführervertrag**)

Vertragspartner: Vertrag ist abgeschlossen ja nein

2. bei **grenzüberschreitendem Linienverkehr nach § 52 PBefG**

Der Verkehr wird mit der Partnerfirma / den Partnerfirmen
Name Anschrift Geschäftsführer Verkehrsleiter
durchgeführt.

Kooperationsvertrag / Kooperationsverträge
ist abgeschlossen ja nein

5. Bemerkungen

16. Hinweise zum Datenschutz:

Die Verwaltungsbehörde ist nach § 15 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in Verbindung mit § 54c PBefG und Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung vom Beruf des Kraftverkehrsunternehmens und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates verpflichtet, Angaben über Inhaber von Berechtigungen für den gewerblichen Personenverkehr sowie über die Personen der geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter, der gesetzlichen Vertreter und des Verkehrsleiters in einem Unternehmen des Personenverkehrs einschließlich die Angaben über die Bescheinigung der fachlichen Eignung des Verkehrsleiters nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung (VUDat-DV) in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1071/2009 an die Verkehrsunternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr zu übermitteln.

Es wird darauf hingewiesen, dass die in § 2 Absatz 3 VUDat-DV in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1071/2009 aufgeführten Informationen im öffentlichen zugänglichen Bereich der Verkehrsunternehmensdatei gespeichert und für Jedermann über das Internet unter www.verkehrsunternehmensdatei.de einsehbar sind.

Die Verwaltungsbehörde ist im Falle der Untersagung der Führung von Kraftverkehrsgeschäften nach § 17 Absatz 5 Satz 2 GüKG verpflichtet, die Untersagung mit Identifizierungsdaten über die Person des Betroffenen an das Bundesamt für Güterverkehr als nationale Kontaktstelle nach Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 zu übermitteln.

Das Bundesamt für Güterverkehr ist als nationale Kontaktstelle nach Maßgabe des § 17 Absatz 5 Satz 1 GüKG verpflichtet, auf Anfrage Auskunft über Personen, denen eine deutsche Behörde die Führung von Kraftverkehrsgeschäften untersagt hat an nationale Kontaktstellen anderer Mitgliedstaaten zu erteilen, sofern dies für die Prüfung von Berufszugangsvoraussetzungen erforderlich ist.

17. **Ich / Wir versichere/n, dass ich / wir die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe/n.**

Mit der Einholung weiterer Auskünfte durch die Genehmigungsbehörde aus den einschlägigen Registern erkläre/n ich/wir mich/uns einverstanden.

Die Hinweise zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum _____

Unterschrift: _____

Firmenstempel